



EVP-Güggu

Evangelische Volkspartei Münsingen

Editorial

Das Parteiblatt der EVP Münsingen mit dem Namen Güggu hat rund 10 Jahre geschlummert, nun ist der Güggu erwacht und fängt wieder an zu krähen. Warum der Name Güggu?

Die EVP hat einen Hahn als Parteiensymbol in ihrem Logo. Historisch gesehen ist der Güggu im EVP-Logo gleichbedeutend mit dem Hahn auf der Turmspitze vieler Kirchen. Er mahnt zur Wachsamkeit, er weckt die Schlafenden und drängt zum Handeln. Den Güggu kennt man auch als Wetterhahn, er dreht den Kopf stets gegen den Wind. So weist die EVP auch mal auf notwendige Veränderungen oder gesellschaftliche Trends hin. Der Güggu soll auf Missstände aufmerksam machen, aber er soll auch Hoffnung verbreiten.

EVP heisst christliche Werte und menschliche Politik. Wir setzen uns in Münsingen unter anderem für eine verträgliche Sozialpolitik, die berufliche Integration, Tempo 30 sowie die Förderung von erneuerbaren Energien ein. ■



Werner Fuchser
Präsident
EVP Münsingen

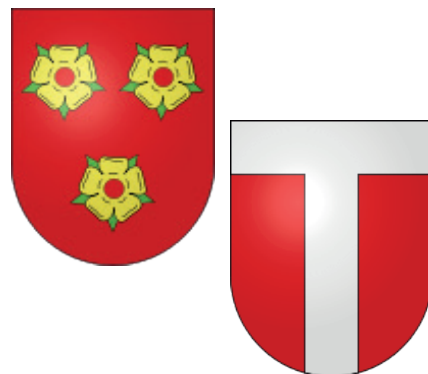
Inhalt	Seite
Editorial	1
Fusion von Trimstein und Münsingen	1
Neue Zentrale Verwaltung	2
Impressum	2
Aus dem Parlament	4
Parolen der EVP Schweiz	4

Fusion von Trimstein und Münsingen

Die Gemeinden Münsingen und Trimstein verhandeln seit 2009 über einen Zusammenschluss. Die Initiative dazu kam von Trimstein. An der Gemeindeversammlung von Trimstein sprach sich eine klare Mehrheit für Verhandlungen mit Münsingen aus. Zur Debatte hatten auch die Gemeinden Worb und Rubigen gestanden. In der Funktion als Koordinator Gemeindereformen beim Amt für Gemeinden und Raumordnung durfte ich dieses Projekt von Anfang an begleiten. Nach einem Startworkshop wurde mit der Arbeit begonnen. In verschiedenen Teilprojekten wurden organisatorische, technische, aber auch andere – nicht ganz klar einzuordnende – Fragen angegangen. Trotz der Ausgangslage – salopp formuliert – «Münsingen übernimmt die kleine Gemeinde Trimstein» – sind vor diesem Zusammenschluss viele Fragen zu klären. Die Sitzungen waren geprägt von Offenheit und Transparenz. Die Gemeinde Trimstein legte von Anfang an offen, welche Punkte für die 500-Seelen-Gemeinde als zukünftigem Ortsteil von Münsingen auch

weiterhin wichtig sein werden. Dies ist insbesondere der mittelfristige Erhalt des Schulstandorts Trimstein.

Verständlich, denn die Schule bedeutet in einer Gemeinde Leben, Kultur und vieles mehr. Der Vorstand der EVP begrüsst die gefundene Verhandlungslösung ausdrücklich. Unter Vorbehalt grundlegender Veränderungen in der kantonalen Politik wurde vereinbart, den Schulstandort Trimstein für mindestens fünf Jahre nach der Fusion aufrecht zu erhalten.



Fusionieren Trimstein und Münsingen?

Aufgrund der Erfahrungen aus Fusionsprojekten sei hier noch kurz auf verschiedene weit verbreitete Befürchtungen und Gerüchte eingegangen:

Eine kleine Gemeinde verliert nach einem Zusammenschluss mit einer Agglomerationsgemeinde jegliche Bedeutung und sämtliche Mitbestimmungsrechte in der fusionierten Gross-Gemeinde.

Nein, die Gemeinde Trimstein wird ein eigenständiger Ortsteil von Münsingen sein; die politische Mitwirkung



von Trimstein ist während einer Übergangsphase garantiert. Anschliessend wird der Ortsteil von Trimstein die gleichen politischen Rechte haben wie die Bevölkerung der heutigen Gemeinde Münsingen.

Alles ändert! Wir, die Bevölkerung von Trimstein, verlieren Kultur, Identität und bestehende Ortsbezeichnungen.

Nein, Trimstein bleibt die Ortschaft Trimstein, Ortsbezeichnung und Adressen bleiben unverändert. Die bestehenden kulturellen Institutionen sind nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Münsingen kauft die «Katze im Sack»

Nein, die Verhandlungen haben gezeigt, dass in Trimstein keine nennenswerten «Altlasten» bestehen; die Gemeinde funktioniert gut und ist zum richtigen Zeitpunkt für Fusionsverhandlungen an Münsingen gelangt.

Der Vorstand der EVP Münsingen sagt u. a. aus diesen Gründen klar JA zum Zusammenschluss von Münsingen und Trimstein. ■



Matthias Fischer
Vizepräsident
EVP Münsingen

Ihre Meinung interessiert uns

- Werner Fuchser
Präsident EVP Münsingen
Alpenweg 36
3110 Münsingen
031 721 55 31
- gueggu@evp-muensingen.ch

Die EVP sagt JA zur neuen Zentralen Verwaltung Münsingen

Am 11. März 2012 sind die Stimmberechtigten von Münsingen aufgerufen, über den Kredit zum Bau einer neuen Zentralen Verwaltung abzustimmen. Die EVP Münsingen ist der festen Überzeugung, dass es nach über 40 Jahren seit dem Kauf des Trübu-Areals endlich an der Zeit ist, das Flickwerk der heute auf fünf Standorte verteilten Gemeindeverwaltung durch ein zentral gelegenes, zweckmässiges und behindertengerechtes Gebäude zu ersetzen.

Vor über 40 Jahren hat die Gemeinde Münsingen das Trübu-Areal mit der

«Die Einwohnergemeinde soll auch Besitzerin der neuen Zentralen Verwaltung sein.»

Absicht erworben, auf diesem Grundstück dereinst eine Zentrale Verwaltung zu erstellen. Über Jahre wurde versucht, mittels Kauf, Zumieten, sowie Um- und Ausbau von Gebäuden mit dem Wachstum der Gemeinde und den damit verbundenen steigenden Ansprüchen an die Verwaltung Schritt zu halten.

Nach Prüfung verschiedenster Alternativen wurde den Stimmberechtigten am 30. November 2008 schliesslich ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Grossverteiler Coop vorgelegt. Obwohl sich im Vorfeld der Abstimmung fast alle Parteien klar hinter die Vorlage gestellt hatten, wurde diese an der Urne mit einer Differenz von 42 Stimmen knapp abgelehnt. Während das Grundanliegen einer Zentralen Verwaltung grösstenteils unbestritten war, führten die Gegner als Hauptargument vor allem

die aus ihrer Sicht zu hohen Kosten ins Feld. Im Anschluss an den Urnengang wurde der Gemeinderat beauftragt, so rasch als möglich ein neues, kostengünstigeres Projekt vorzulegen.

Und nun ist es also wieder soweit: Nach über dreijähriger Planungsphase werden wir am 11. März 2012 erneut darüber abstimmen können, ob die Münsinger Bevölkerung in Zukunft zu allen Abteilungen der Verwaltung mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator witterungsgeschützten Zugang hat, und dies an zentraler und gut zugänglicher Lage in einem Gebäude.

Finanzierung

Der Neubau einer Zentralen Verwaltung hat seinen Preis. Das Kosten-Nutzen Verhältnis des vorliegenden Projekts liegt jedoch im Vergleich zu Verwaltungs-Neubauten von vergleichbaren Gemeinden im Raume Bern in etwa im Mittelfeld. Auf Antrag des Parlaments werden den Stimmberechtigten zwei Finanzierungsvarianten vorgelegt.

Variante 1: Hier tritt die Einwohnergemeinde selber als Investorin auf und ist nach Fertigstellung des Gebäudes also auch dessen Besitzerin. In diesem Fall beläuft sich die Netto-Investitionssumme auf 3 Mio Franken (17,4 Mio Brutto-Investition für das Gebäude inkl. Mobiliar, Umzugskosten und Fotovoltaikanlage minus 4,2 Mio Erlös aus Desinvestitionen der heutigen Gebäude minus 5 Mio Erlös aus Verkauf Traubenareal minus 5,2 Mio aus Spezialfinanzierung Mehrwertabschöpfung)

Variante 2: In diesem Falle werden die Investitionen für das Verwaltungsgebäude durch eine Drittorganisation (z. B. Personalvorsorgestiftung) getätigt und die Gemeinde mietet die Liegenschaft von dieser Gesellschaft. Die Investitionen für die Gemeinde fallen weg, dafür zahlt sie einen an die Teuerung gekoppelten Mietzins von



ca. 900 000 Franken jährlich (heutiger Stand), kann aber mit dem Nettoerlös aus Desinvestitionen Schulden im Umfang von ca. 8,8 Mio abbauen.

Die Betriebskosten sind in den ersten Jahren für Variante 1 zwar bedeutend höher, dies bedingt durch die relativ hohen, anfänglichen Abschreibungen. Sie nehmen jedoch kontinuierlich ab und nach ca. 20 Jahren liegen die jährlich wiederkehrenden Kosten der beiden Varianten gleich auf, denn, wie jeder Eigenheimbesitzer aus Erfahrung weiss, der Erwerb einer Liegenschaft ist auf lange Sicht eben immer die günstigere Variante.

Die EVP gibt deshalb der Finanzierung gemäss Variante 1 klar den Vorzug.

Lage

Die Lage am Rande des Schlossgut-Parks mag auf den ersten Blick etwas befremden. Es sei jedoch in Erinnerung gerufen, dass die ZÖN 17 (Zone für öffentliche Nutzung 17), in welcher der Neubau zu stehen käme, im Besitz der Gemeinde ist – es fallen also keine Grundstückskosten an – und präzise einer solchen Nutzung dienen muss. Ausserdem wird der Parkplatz hinter dem heutigen Verwaltungsgebäude aufgehoben und grösstenteils der Grünzone des Parks zugeführt. Zusätzlich wird die für die Öffentlichkeit heute nicht zugängliche Hofstatt mit einem Spazierwege erschlossen und der Schlossgutpark damit insgesamt besser zugänglich.

Gebäude

Architektonisch übernimmt das Gebäude die Grundform des Parks und fügt sich durch die optisch leicht wirkende Glas-Metall-Fassade bestens in die Umgebung ein. Es wird, wie sich das für eine Energiestadt mit Goldlabel gehört, im Minergie Standard gebaut. Der Minergie-P Standard wäre möglich und auch wünschenswert, aber eine gründliche Prüfung hat gezeigt, dass der ökologische Mehr-

nutzen in keinem Verhältnis zum finanziellen Mehraufwand steht. Die gesamte Liegenschaft ist durchgehend rollstuhlgängig und zwar für Kunden und Mitarbeitende. Im Inneren sorgt eine zweckmässige

«Heute sind mit Ausnahme der Einwohnerkontrolle weder Kunden- noch Mitarbeitendenbereiche für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich.»

Raumeinteilung für Flexibilität und optimale Arbeitsabläufe. Das Gebäude entspricht den heute geltenden Sicherheits- und Alarmierungsanforderungen, verfügt über eine eigene Einstellhalle sowie eine Cafeteria im Attikageschoss. Auf dem Dach wird eine Fotovoltaikanlage installiert.

Fazit

Die heute auf fünf Liegenschaften verteilten Räumlichkeiten genügen den Anforderungen an einen kunden- und mitarbeiterfreundlichen Dienstleistungsbetrieb nicht mehr. Kunden müssen von Haus zu Haus geschickt werden, Abteilungen platzen aus allen Nähten, Büros befinden sich im Keller- oder Dachgeschoss mit ungenügend Tageslicht oder in umgebauten Küchen. Sitzungszimmer mussten Büros weichen, was zu notorischen Engpässen führt. Mit Ausnahme der Einwohnerkontrolle sind weder Kunden- noch Mitarbeitendenbereiche für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich. Die Arbeitsplatzsicherheit und der Personenschutz sind ungenügend. Das Informatikzentrum, notabene Rechenzentrale für mittlerweile 13 Gemeinden, ist nur ungenügend gegen Elementarereignisse oder Vandalismus geschützt.

Aus all diesen Gründen ist die EVP Münsingen entschieden der Meinung, dass die Zeit jetzt reif ist um Nägel mit Köpfen zu machen. Jedes Zuwar-

ten bedeutet, dass weiterhin sehr viel Geld – grobe Schätzungen zeigen einen Handlungsbedarf von gegen 8 Mio auf – in ein Flickwerk investiert werden muss. Demgegenüber bietet das vorliegende Projekt eine den heutigen und zukünftigen Anforderungen entsprechende, gut finanzierbare, zweckmässige, architektonisch gelungene und zentral gelegene Lösung.

Sagen wir JA zum vorliegenden Projekt der neuen Zentralen Verwaltung; wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber als Arbeitgeberin auch unseren Mitarbeitenden schuldig!

Sagen wir JA zur Finanzierungsvariante 1; wir sind es der kommenden Generation schuldig, ihr ein Gebäude zu überlassen, dessen Kosten sie auch langfristig selber im Griff hat!

Sagen wir JA zu einer Investition für die Zukunft! ■



Jakob Hasler
Gemeinderat
EVP Münsingen

Dieser Güggu wird unterstützt von

- Rupp Software
- Jakob Hasler
- Marcel Steck, Fürsprecher und Notar
- Renfer Schreinerei, Küchen
- Koni's Brotkorb PLUS
- Dieter Blatt
- Elektro Möri
- Müller Gilbert, Transporte, Umzüge
- Eggenberg, Architektur und Baumanagement
- Fusspflegestudio
Katrin Fuchser-Zingg
- Urs Minder



Aus dem Parlament

Die EVP setzt sich für Kinder ein

Im Frühling und Sommer 2011 konnte der neue Doppel-Kindergarten Schlossmatt bezogen werden. Kindergarten-Provisorien in Wohnungen und in Gemeinschaftsräumen mit Kunstlicht gehören nun hoffentlich für immer der Vergangenheit an. Übrigens: Der praktische und schöne Neubau geht auf eine Motion der EVP zurück.

Obwohl die Zahl der Kindergärtler stabil ist (resp. tendenziell leicht steigt) und mit dem Kindergarten Giesse 3 ein «Providurium» geführt wird, will die Gemeinde einen Kindergarten mit schönem Aussenraum schliessen und verkaufen. Der Verkauf des Kindergartens Bühlerplatz war im Finanzplan für 2013 vorgesehen. Dank eines Antrags der EVP zum Finanzplan soll der geplante Verkauf erst 2015 stattfinden. So bleibt mehr Zeit für die Suche nach neuem und auch geeignetem Kindergartenraum. Die EVP setzt sich weiterhin dafür ein, dass Kinder wenn möglich im Quartier einen Kindergarten besuchen können und der Kindergarten in erster Linie unter pädagogischen und nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird.

Das Parlament verweigert die Diskussion um Tempo 30

Über lange Zeit wurde das Projekt «Tempo 30 im Unterdorf» geplant, es fanden öffentliche Infoveranstaltungen statt, verschiedenste Betroffene (Elternrat, Schulen, Polizei, Parteien, Ortsbus, PZM u. a.) konnten mitreden. Die politisch zusammengesetzte Verkehrskommission begleitete die Verwaltung und die Planer bei ihrer grossen und sorgfältigen Arbeit.

Im Parlament gab das Projekt nicht zu reden, denn eine Mehrheit (ohne EVP!) verpasste sich selber einen Maulkorb. Die Vorlage wurde klar mit 27 gegen bloss 2 Stimmen angenommen, aber die Diskussionsverweigerung hinterlässt einen schalen Nachgeschmack.

Wieso braucht es auch im Unterdorf endlich Tempo 30?

Der allergrösste Teil besteht aus Wohnquartieren. Hier wohnen Menschen jeglichen Alters und hier sind sie auf den Strassen unterwegs zur Schule, zur Arbeit, zu Schulkameraden, zum Einkaufen, zum Bahnhof, zum Sport oder zur Erholung. Höhere Tempi als 30km/h sind in solchen Quartieren unverantwortlich. Wussten Sie, dass der Bremsweg bei Tempo 50 doppelt so lang ist wie bei Tempo 30? Und wussten Sie, dass das langsamere Auto bereits stillsteht, wenn das schnellere noch gar nicht mit Bremsen begonnen hat?

Übrigens: Die rund 100 Franken pro Einwohner sind eine Investition, die sich lohnt! ■



Dieter Blatt
Parlamentarier
EVP Münsingen

Impressum

Herausgeber: EVP Münsingen
Redaktion: Vorstand EVP
Layout: Sarah Blatt
Druck: Jordi Medienhaus Belp
Auflage: 5600 Stück

Parolen EVP Schweiz

Nein zum ungerechten Bausparen, weil die Initiative vor allem denen hilft, die sowieso über genügend Geldreserven verfügen. Diese würden von der Steuerersparnis besonders profitieren.

Nein zum Spielraum für die Spielsucht, weil das geltende Recht das kleinere Übel ist.

Ja zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus, weil damit die später zur Abstimmung gelangende Landschaftsinitiative nicht unnötig gefährden werden soll.

Nein zur Initiative 6 Wochen Ferien für alle, weil dies für viele KMU, aber auch für die Verwaltung nur schwer finanzierbar ist.

Ja zur Buchpreisbindung, weil sie tiefe Buchpreise über das ganze Sortiment sichert.

Die EVP Schweiz lancierte die Eidgenössische Volksinitiative «**Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV** (Erbschaftssteuerreform)»

Wegen der höheren Lebenserwartung und weil weniger Junge ins Erwerbsleben eintreten, braucht die AHV zusätzliches Geld. Neu soll sie auch aus den Erträgen einer Erbschafts- und Schenkungssteuer finanziert werden.

Hohe Freibeträge sorgen dafür, dass der Mittelstand nicht belastet wird. Allgemeiner Freibetrag: 2 Mio.

Der Teil, der Netto-Erbschaften von 2 Mio. übersteigt, wird mit einem einheitlichen Satz von 20% besteuert.

www.erbschaftssteuerreform.ch